

Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als

Abend-Ausgabe

Bezugsgebühr:

Stadtteilblatt für Dresden bei täglich gewöhnlicher Bezugung durch unsere Posten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 20 Pf. 50 Pf., durch ausdrückliche Zusammensetzung 20 Pf. bis 2 Pf. 50 Pf. Bei einmaliger Bezugnahme durch die Post 2 Pf. ohne Bezahlung, im Ausland mit entsprechender Aufschluss.

Nachdruck aller Artikel u. Originalbeiträge nur mit deutlicher Quellenangabe. "Dresd. Nachrichten" ausdrücklich untersagt: unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Abreißer:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Carif.

Annahme von Anzeigen bis nachmittags 3 Uhr. Samm- und Briefporto mit Postlehrfahrt 30 Pf. von 11 bis 1/2 Uhr. Die 1/2 stündige Gründungsseite ist 8 Silben 20 Pf., Annahme von Anzeigen auf der Gründungsseite 20 Pf.; die 2/2 stündige Seite auf Zeitseite 60 Pf., als Einzelblatt 20 Pf. zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1/2 stündige Gründungsseite 30 Pf., auf Zeitseite 40 Pf., 2/2 stündige Seite auf Zeitseite und als Einzelblatt 60 Pf. Auswärtszeitung 10 Pf. nur gegen Sonderauszeichnung. Verleghälfte 10 Pf. Preisliste.

Herausgeber: Nr. 11 und 2000.
Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

Vorläufig à Stück 50 Pf. in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Steckenpferd Liliennmilch-Seife.

AK&S-Aufzüge sind unsere Spezialität seit 35 Jahren. **Aug. Kühnscherf & Söhne** Dresden-R. Gr. Plauensche Str. 20.

Mr. 547. Spiegel: Goldsteinische Interpellation. Neueste Drabberichte. Nachrichten, Gesellschaft für Literatur und Kunst, Mordprozeß Linke. Zur Heimkehr Trotzky. "Sohnensub". Fällungen im Kunthandel.

Freitag, 15. Dezember 1905.

Die Goldsteinische Interpellation über die Wahlrechts-Demonstrationen im Sächsischen Landtag

Kam heute in der zweiten Kammer als erster Punkt der Tagessitzung zur Beratung. Wie zu erwarten stand, waren infolgedessen die öffentlichen Tribünen überfüllt, doch auch die Regierungstrieben und die Ministerbänke zeigten eine starke Besetzung, wie überhaupt das ganze Auszehr der Kammer wieder einmal die Zeichen eines großen Tages an sich trug. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Am 18. und 19. November dieses Jahres hat ein großer Teil des sächsischen Volkes in Versammlungen ein besseres Wahlrecht gefordert. Die Arbeiter Leipzigs haben dies insbesondere durch friedliche Demonstrationen auf den Straßen in einbruchsvoller Weise zum Ausdruck gebracht. Gleichwohl haben bei der Wiederholung dieser Meinungsäußerungen des Volkes die Polizeidirectionen in Dresden und Chemnitz am 3. Dezember dieses Jahres ihre unteren Organe angewiesen, in scharfster Weise gegen Strahdemonstranten vorzugehen. Die Polizei hat in vereinzelten Fällen, namentlich in Dresden, mit der blauen Waffe eingehauen, eine große Zahl von Personen verletzt und hierdurch weite Gewaltlosigkeitsstreit in wahllose Erbitterung verlegt. Angesichts dieser Vorfälle rückt der Unterschiede an die Regierung folgende Fragen: 1. Mit der Regierung gewillt, daß der Dresdner und Chemnitzer Polizei am 3. Dezember dieses Jahres angewandte bedauerliche Verfahren gegen Friedliche Volksmassen quittieren, oder welche Wahlregeln die Regierung zu ergreifen, um der Widerkehr solcher gewalttätiger Handlungen vorzubeugen? 2. Glaubt die Regierung angesichts der großen Empörung, wie sie sich in den spontanen Kundgebungen vieler Tausender zeigt, hat an ihrer in der Kammerzitting vom 27. November dortgelegten Auffassung über die Wahlrechtsreform festhalten zu wollen?

Nachdem sich Staatsminister v. Meissel bereit erklärt hat, die Interpellation zu beantworten, erhält Abg. Goldstein zu deren Begründung das Wort: Am 18. und 19. Nov. hätten in Leipzig die Arbeiter in friedlicher Weise für das allgemeine Wahlrecht demonstriert, ohne von der Polizei davon gehindert zu werden. Anders hätten sich die Demonstrationen in Dresden und Chemnitz, besonders in Dresden, abgespielt. Hier hätte die Polizei die Demonstration gestoppt und dadurch nicht nur bei den Teilnehmern selbst, sondern auch in weiteren Kreisen des Bürgeriums Empörung erzeugt. Abg. Goldstein verleiht nun zunächst die amtliche Darstellung über die Dresdner Vorfälle, wie sie der "Dresden. Journ." enthalten ist, und stellt davor die Berichte mehrerer anderer Zeitungen, darunter der "Sächs. Arbeiter-Ztg.", gegenüber; ebenso verliest er Berichte über die Chemnitzer Demonstrationen. Aus diesen Berichten geht hervor, daß es zu feindseligen Kundgebungen nirgends gekommen sei. Im Gegenteil hätten die führenden Sozialdemokraten die Massen ermutigt, keine Dummheiten zu machen. Aus den Berichten geht aber unzweckmäßig hervor, daß die Polizei zu schroff vorgegangen sei, und die Stauungen der Menge seien erst entstanden durch die unnötigen Abperungen der Polizei. Was die Absicht der Demonstrationen war, sei bekannt; es hätte die Herbeiführung des allgemeinen Wahlrechts erstrebt werden sollen. Es sei nun die Frage aufgeworfen worden, ob die Demonstrationen nicht besser unterdrückt werden sollten. In bezug auf die Rechtsfrage hätten die Demonstranten gegen die bestehenden Gesetze gehandelt, denn nach den bestehenden Gesetzen sei noch kein Recht gegeben, auf der Straße zu demonstrieren. Die Hörden seien wohl berechtigt gewesen, alle Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um die Demonstrationen zu verhindern. Es fragt sich nun aber, ob man mit der bestehenden Rechtslage aus-

somme, um unter Wahlrecht zu ändern und das allgemeine Wahlrecht zu erreichen. Seit 10 Jahren seien die Arbeiter bestrebt, durch Versammlungen, Agitation in der Presse usw. auf die Schaffung des allgemeinen Wahlrechts zu wirken. Auch die Versammlungen am 3. Dezember in Dresden und Chemnitz hätten lediglich diesem Zweck gezielt, da nach dem Berichte der Wahlrechts-Interpellation die Sozialdemokratie auch fernerhin mit allen Kräften bestrebt sein müsse, das jetzige Wahlrecht mit allen Mitteln zu bringen. Es sei hierbei nicht zu übersehen, daß die Referenten in den Versammlungen gar nicht gesagt hätten, daß die Versammlungsteilnehmer auf die Straße gehen sollten; wenn dies dann doch geschehen sei, so sei dies anderweit beschlossen worden, wo, wisse er nicht. Auf jeden Fall aber hätten die Massen nicht mehr nur mit einer Demonstration in Versammlungen aufzudenken gegeben. Nun sei gelangt worden, die Polizeibehörden hätten vorher darum erlaubt werden sollen, die Demonstrationen zu gestatten. Nach allen leidlichen Erfahrungen habe man aber gar nicht davon denken können, diese Erlaubnis zu erhalten, und er wolle nur darauf hinweisen, daß eine Partei große Proesse durchgeföhrt habe wegen der Maister-Demonstrationen. Mit der Rechtsfrage komme man also nicht aus, sondern die ganze Angelegenheit müsse von der politischen Seite betrachtet werden. Ungefähr das seit zehn Jahren an der ungeheuren Masse des sächsischen Volkes, und zwar an 80% Prozent der sächsischen Wähler, begangenen Unrechts durch die Wahlrechtsrechte seien die Demonstrationen vom politischen Standpunkte aus gerechtfertigt. Diese 80% Prozent entrichteter Wähler, unter denen sich die große Masse der kleinen Handwerker, Künstler, Aerzte, Lehrer, kleinen Beamten und Rentner befinden, hätten über die Strahdemonstrationen ebenfalls ein mildes Urteil. Die ganze Wahlrechtsfrage empfange hinsichtlich des Rechtsstandpunktes eine ganz andere Bedeutung, wenn man sich sage, daß sich der Bürger nicht jedes Unrecht gefallen lassen könne. Man habe bis jetzt auf papierene und rednerische Proteste nichts gegeben; seine Partei habe gegen das Dreiklassenwahlrecht eine Petition mit über 400 000 Unterschriften eingerichtet, man habe sie aber ebenfalls nicht beachtet. Im vorigen Landtag habe die Regierung eine Denkschrift vorgelegt, die sich mit der Wahlrechtsänderung befaßt und die eingehend zu prüfen die konserватiven Partei im Hause verpflichtet gewesen wäre; nichts sei getan. Die bloße Versammlungs- und Rederecht, die Literatur sei ausprobiert, was sollen denn nur die Hunderttausende brauchen im Lande tun? Sollten sie sich in der Weise wie bisher fortzuhören lassen? Meine Herren! zur rechten Seite des Thrones gewendet: Wenn sie ihre Kundgebungen einzeln, zwanzigmal umsonst an die wahnbaren Stellen gerichtet haben, dann führen sie sich entweder und knicken zusammen, oder erwingen sich ihr Recht. Das ist der leidende politische Gedanke, der die Demonstranten bewegt habe. Ueber das Dreiklassenwahlrecht sei jetzt von hervorragenden Politikern und Staatsmännern das Urteil gefallen, und auch in der Kammer sei es ausgesprochen worden, daß es so nicht weiter gehe. Angesichts der jüngsten Friedlichen Demonstrationen hätten die "Sächs. Pol. Nachr." sowie die "Dresdner Volkszeitung" des Verfassungsrates gerichtet, was sollte dann aber werden, wenn es zu erneuter Demonstrationen komme, und diese würden sich auf die Dauer gar nicht verhindern lassen, denn in Sachen sei das Recht gebrochen worden.

Fräulein Dr. Mehnert: Ich kann nicht zulassen, daß hier ausgedrückt wird, daß das Recht gebrochen worden sei; die Wahlrechtsänderung ist auf legalem Wege zu stände gekommen.

Abg. Goldstein (fortlaufend): Das Wahlrecht ist also verlegt worden. Man werde außerhalb der Kammer schon den rechten Sinn auch in dieses Wort legen. Wir tuen alles nur des Effektes willen (Heiterkeit), und ein Wahl-

recht, das man nicht ausüben könne, das sei kein Effekt. Angefangen ist der Verhältnisse in England und Frankreich, wo solche Demonstrationen wie hier gelegentlich zulässig seien und sich sogar unter Begleitung der Polizei abspielen, sei es durchaus unvergeht von der Schriftstellerprese, die Demonstrationen, die doch keineswegs eine in große Gebegeverlegung seien, als fürstlich hingestellt und die Teilnehmer daran als Profeeler, Aufwiegler usw. zu bezeichnen. Unter Umständen seien es gerade die Sicherheitsorgane, die den Staat in Gefahr brächten, in denen würden oft kluger handeln, wenn sie solche Demonstrationen nicht verhinderten. Bei der Demonstration in Leipzig, die auch völlig spontan vor sich ging, sei das Verhalten der Polizei ein ganz anderes gewesen. Von Seiten der Ordnungsparteien der Kammer werde auf den Vorfall, daß das Volk doch gewisse Rechte habe, immer gesagt: "Ja, aber die abzuwagen, ist jetzt nicht die Zeit." Man würde ein politisch fluges Werk tun, wenn man dem Volke das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht geben würde. Wenn wir die Dinge in Österreich betrachten, könnten wir es doch nur mit Genugtuung begrüßen, daß Bismarck dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegeben habe. Seine Partei müsse jedes Wahlrecht ablehnen, das nicht das allgemeine, gleiche und direkte sei, werde sich aber wohl schließlich auch mit einem freieren Wahlrecht, das der Arbeiterschaft einen Einfluss in dieser Kammer gewähre, abfinden müssen, weil sie ja nicht die herrschende Partei sei. Vor allen Dingen aber müsse er fordern, seine Vorschläge ernsthaft zu prüfen, um das Volk zu beruhigen. Die Regierung möge sich darüber äußern, ob sie angefeindet der gesetzten politischen Zustände und der Vorfälle in Süddeutschland noch glaube, an ihrer bisherigen Aufsicht festhalten müssen, ob sie weiter das Vorzeichen der Polizei billige, doch dies mit blauem Schild einbüßt, wo es nicht notwendig war, und ob sie es billig, wenn Friedliche Massen niedergezählt werden. Das Bürgertum sympathisierte bis in die höheren Kreise hinein mit den Sozialdemokraten im Hinblick auf ihre Forderungen eines anderen gerechteren Wahlrechts. Weit in jede Kreise hinein sei man gespannt auf die Antwort, die heute die Regierung geben werde. Auf keinen Fall werde man damit aufreden sein, wenn etwas wieder gelöst werden würde. Kommt mir an und heran, wir werden mitmachen! Er bitte, daß die Antwort der Regierung so ausfallen werde, daß sie befreien könnte vor der Kammer, vor dem Lande und vor sich selbst (Vorworte auf der öffentlichen Tribune).

Staatsminister v. Meissel: Ich gebe zur eigentlichen Beantwortung der von Herrn Goldstein begründeten Interpellation verhältnis, möchte ich gegenüber seinen Ausführungen es doch der Beurteilung der Kammer überlassen, ob die von ihm hier dargestellte amtliche Darstellung über die Dresdner und Chemnitzer Vorfälle oder die aus der Tagespresse entnommenen Mitteilungen einen größeren Wert für sich in Anspruch nehmen könne. Ich habe namens der Regierung gegenüber der in dieser Interpellation an erster Stelle gestellten Frage folgendes zu erwidern: Die Königl. Staatsregierung bedauert, daß es bei den Wahlrechtskundgebungen in Dresden und Chemnitz am 3. d. V. zu polizeilichen Einschreiten hat kommen müssen. Die Polizeibehörden durften aber ein Hinausstoßen dieser Kundgebungen aus die Straße unter keinen Umständen dulden und waren zum Einschreiten geradestellt. Denn diese Strahdemonstrationen stellen sich, wie ja sogar der Herr Interpellant selbst hinzunimmt, anerkannt hat, als gewaltige Handlungen dar. Sie sind als eine Verfehlung nach den örtlichen Polizei-Regulations zu betrachten und weiter als ohne behördliche Genehmigung veranstaltete Kundgebungen auch nach §§ 18 und 23 des Vereinsgesetzes von 1850 strafbar. Hierzu kommt, daß in Dresden und dessen Umgebung während der Tagung der Stände noch § 18 des Vereinsgesetzes Verhandlungen unter freiem Himmel überhaupt nicht stattfinden durften. Nach den vorliegenden am-

Kunst und Wissenschaft.

* Mitteilung aus dem Bureau der Königlichen Oper: Die Königl. Generaldirektion hat die Oper "Acte I" von Jean Janin zur Uraufführung angenommen. — Die Dienstag, den 19., und Sonnabend, den 23. Dezember, stattfindenden Aufführungen der Märchenoper "Hänsel und Gretel" (in kleinen Teilen) beginnen bereits um 5 Uhr.

** "Sohnensub", das ist der Titel eines Buches, das zu den eigenartigsten literarischen Erscheinungen dieser Saison gehört. Es verbindet einer weiblichen Feder sein Dasein: S. Janin heißt die Verfasserin, der vorteilhaft bekannte Verlag von A. Neumann zu Niederramstadt hat es verlegt. S. Janin? Ein neuer Name, aber man wird gut daran tun, sich ihn zu merken. Der Untertitel des Werkes, das halb ein Roman, halb ein Kabinettstück ist, deutet seinen Inhalt: "Wie ich mit das Landleben dachte und wie ich es sah". Das klingt etwas unheimlich, ist aber treffend. Und deßwegen — unheimlich, doch treffend — gilt für das ganze Buch. Ein kontemplativer Zug, der aber nichts Außerdringliches oder Erstaunliches an sich hat, geht durch den dielebigen Band, in dem mehr Lebensweisheit, aber auch mehr poetische Stimmung niedergelegt ist, als in einem reichlichen Dutzend beliebter Kindererscheinungen. Dabei tritt die Verfasserin, die erst in teiligen Jahren die Großstadt verlassen und sich auf das Land zurückgezogen hat, ohne jede Prätention auf; das macht ihr Buch doch rechtlich kompatibel. Sie erzählt einfach, was sie um sich sieht, zieht Resultate daraus und verdichtet Wirklichkeitsindrücke zu kleinen Stimmungskunstwerken, die der Vorstellung der eigentlichsten Fabel — denn die darf beileibe nicht fehlen in einem Roman! — einen besonderen Reiz gibt. Den Landwirt wird sie über eine Menge Einzelheiten aus der Lebensführung der Arbeiter und des Geländes aufklären, die für die meisten bislang wohl böhmische Dörfer gewesen sein werden. Ich habe bei der Lektüre "Sohnensub" immer an den trefflichen Kinderschäfer unterwegs vorübergegangen, womit der Adel verbunden ist.

Steht. Und blein liegen auch die künstlerischen Vorzüglich des Buches von S. Janin, die es herausheben aus den Dutzendseinungen unserer schwelbenden Frauen, die leider nur gut zu oft weibliche Sentimente für poetische Stimmungen halten. Wie sehr sich bestichtigt, wie sie gerade dadurch, daß sie nur so leicht und leicht, wie ihr der Schnabel gewachsen ist, tiefe Eindrücke erzielt — das beweisen ihre Schilderungen, die mit einer lyrischen "Kinderkunst für kleine" mit offensichtlicher Vorliebe für das Intime ausgeführt sind. Ein Beispiel für viele. S. Janin weiß von der Weise des Landlebens im Winter. Sie tut das ohne jede Artlichkeit, ohne jeden Nebenschwung, ohne jedes Pathos, aber weiß wunderbar sein den Reizen der Jahreszeit beizutragen, die sie in der Heimlichkeit der großen Tiefe wieder gibt. Es heißt da: "Am Schönsten und lautesten ist es im Winter auf der großen Tiefe, besonders des Abends. Wenn man vom letzten Blicke des Abendtages zurückkehrt, windet das Haus schon mit seinen hell erleuchteten Fenstern. Aus der Küche, aus der Wohnstube, aus der Kinderkammer, wo Blut-Baby zu Bett gebracht wird, fallen helle Lichtvivide auf den weißen Schnee, aber die Fenster der Tiefe glimmen nur matt, denn noch brennt die Lampe nicht, nur der große Amerikaner im grünen Majolika-Kachelofen wirkt den willigen Schein seines Dauerbrandes durch seine Marienthalvasen und malt rotlaufenende Lichter auf den blauen Pitchvine-Fußböden und die warmgetonete, glänzende Jöhrlenholsbede. Abwechselnd erglühen die Kellengeschäfte der alten Mahagoni-Kommode und sinken ins Dunkel zurück, die Kupferornamente der Lampe leuchten auf, blassende Lichter fahren über die roten Vorhänge des Bücherborts, die dunkelblauen Vederbezüge der Stühle, die blau-weiße Tischdecke und über die weichglänzenden Wände, die mit alten geschichteten Bildern, ein- und mehrfarbigen Lithographien der Großstadt aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit Tellern, Krügen und Schleudenten aus aller Herren Ländern bedekt sind." — So schreibt keine simple Landvolkstüm, so schreibt eine Kunstschriftstellerin von stilistischen Qualitäten, auf die man für unsere Bellettristik — um das fürchterliche Wort einmal zu benutzen — noch Hoffnungen setzen darf. "Sohnensub" bedarf keiner umständlichen Empfehlung, es empfiehlt sich am besten selbst. W.

* Franz Stuck wurde der Verdienstorden der Bayerischen Krone verliehen, womit der Adel verbunden ist.

* Max Beyer hat unter dem Titel "Vaterland"

ein neues Gedichtband veröffentlicht, ein reiches Weihnachtsbuch, das ein Gegenstück für das Autors "Lieder aus der kleinen Hütte" bedeutet. Der Dichter, der bekanntlich die "Großschriften auf Bismarck" begnügt, deren Sonderausgabe im Buchhandel vergriffen war. Bedeutet doch diese einer Anregung Bismarcks ihr Gedankende Sammlung von Sinsprüchen mit das Beste, was Beyer geschrieben hat. Von den zahlreichen patriotischen Gedichten, für die der Verfasser den Ton schwungvoller Begeisterung ganz besonders gut trifft, soll als Probe der Bewerberin Begabung das "Flötentlied" hier Platz finden, überraschend ein dauerbarer Beweis für unsere Komponisten. Es lautet:

Hörst du die Wogen brausen?
Sie brausen Tag und Nacht,
Als wenn das Meer voll Schmückt
Auf einen Freier wacht!
Noch wird kein Held geboren,
Der diese Braut erlangt.
Wie Siegfried einst Brünhilda
Im Waffensturm bezwang!
Hörst du die Wogen brausen?
Sie werden auch um dich,
Deutschland, so stolz und mächtig,
So führt und ritterlich,
Wie feins von allen Völkern
Strahlend und so schön,
Und du willst unter allen
Mein heilste sieh'n?
So schön von allen Frauen
Niemand auf der Welt,
Der über lichten Schultern
Das Haar in Wellen läßt,
Die frei wie du und feßlich
Aus blauen Augen schaut,
Als sei sie schon vom Himmel
Zur Braut dir angestrahlt!
O, las nicht fremde Mächte
Um ihre Schönheit siel'n,
O, las sie nicht die Elavin
Gemeiner Völker sein!